

SP Stadt Zürich
Gartenhofstr. 15
8004 Zürich



0 % CO₂, 100 % SOLIDARISCH: ZÜRICHS ANTWORT AUF DIE KLIMAKRISE

Positionspapier der SP Stadt Zürich, 2025

Im Februar 2022 nahm die Zürcher Stimmbevölkerung mit fast 75% Ja-Anteil das verschärfte städtische Klimaziel an: Netto-Null bis 2040 für die Treibhausgasemissionen. Bis 2035 muss die Stadt alle dafür nötigen Massnahmen umsetzen.

Seither arbeitet die Stadtverwaltung intensiv an der Umsetzung der entsprechenden Änderungen. Die SP hat sie dabei unterstützt und mit eigenen Vorschlägen einen konsequenten Klimaschutz vorangetrieben.

Ambitionierter Klimaschutz ist jedoch kein Sprint, sondern ein Marathon. Nach einer intensiven Legislatur im Zeichen des Klimaschutzes dient dieses aktualisierte Papier als Versprechen und als Orientierung für die kommenden vier Jahre städtischer Politik. Neben den Massnahmen zur Erreichung des städtischen Klimaziels geht es dabei auch um die notwendige Anpassung an die Folgen der Klimakrise.

Die SP ist überzeugt: Die Stadt Zürich muss ihre Verantwortung in diesem Bereich weiterhin wahrnehmen, Klimaschutz und Schutz vor den jetzt schon unabwendbaren Folgen der Erderwärmung bleiben Prioritäten. Sie müssen gleichzeitig sozial gerecht ausgestaltet sein.

An diesem Grundsatz kann die SP in den kommenden Jahren gemessen werden: 0% CO₂, 100% solidarisch.

KLIMAFREUNDLICHER UND SOZIALER WOHNUNGSBAU

Gebäude: Klimafreundliches Wohnen für alle!

Der Gebäudebereich macht über die Hälfte der direkten Emissionen auf Stadtgebiet aus.¹ Trotz Bewegung auf kantonaler und eidgenössischer Ebene muss die Dekarbonisierung der Beheizung in der Stadt deutlich schneller geschehen. Um die Emissionen im Bau zu reduzieren, muss konsequent auf die Kreislaufwirtschaft umgestellt werden.

Für die SP ist jedoch klar, dass dies alles nicht auf Kosten der Mieter*innen geschehen darf. Neben dem Einsatz für soziale Massnahmen in der Stadt kämpft die SP deshalb auf den übergeordneten Ebenen für mehr Mieter*innenschutz und gegen Leerkündigungen unter dem Vorwand des Klimaschutzes!

So hat sich die SP für klimafreundliches Wohnen eingesetzt:

- Zusätzlicher Fördermechanismus für den Ersatz von besonders alten fossilen Heizsystemen
- Soziale Abfederung der Schwankungen fossiler Energiekosten durch eine Energiekostenzulage
- Zwei Milliarden Franken für Heizungsersatz und Sanierungen im eidgenössischen Klimaschutzgesetz
- Verschärfung der Vorgaben für städtische Bauten zum Schutz des Bestandes
- Neue Gasanschlüsse verboten, für die bestehenden ein Absenkpfad definiert

Um die Ziele in diesem Bereich zu erreichen, fordert die SP weiter:

Klimafreundlich und sozial beheizen und kühlen

- **Heizungsersatz und Hüllendämmung fördern:** Damit fossile Heizungen so schnell wie möglich ersetzt und Dämmungsmassnahmen zur Senkung des Energiebedarfs umgesetzt werden, braucht es in den kommenden Jahren weiterhin namhafte finanzielle Unterstützung. Der Fokus liegt dabei auf dem Heizungsersatz und der sanften Sanierung im Bestand.
- **Sozial faire energetische Förderung:** Die städtischen Finanzierungshilfen für energetische Sanierungen bleiben weiterhin an soziale Bedingungen geknüpft. Es darf nicht aufgrund der energetischen Sanierung leergekündigt werden, die Mieten dürfen nicht gesetzeswidrig erhöht werden und die Förderbeiträge müssen von den verrechenbaren Mehrleistungen abgezogen werden.
- **Mieter*innenschutz stärken:** Der Anteil der gemeinnützigen Wohnungen muss stark erhöht werden, um Verdrängung durch den Umbau der Stadt zu vermeiden. Gleichzeitig braucht es einen zusätzlichen Schutz von bestehenden Mieter*innen, damit ihnen nicht unter dem Vorwand der energetischen Sanierung die Miete übermässig erhöht oder die Wohnung gekündigt werden kann. Dafür ist die kantonale Wohnschutzinitiative zentral.

¹ Stand 2024: Netto-Null-Zwischenbericht Stadt Zürich 2024: <https://www.stadt-zuerich.ch/content/dam/web/de/aktuell/publikationen/2024/klimaschutz/netto-null-zwischenbericht-2024.pdf>

- **Sommerenergie für den Winter speichern:** Damit Wärme vom Sommer in den Winter transferiert werden kann, sollen die städtischen Energiewerke koordiniert Wärmespeicher aufbauen, die Sommerenergie im Winter ans Fernwärmenetz abgeben können. Ausserdem sollen Eigentümer:innen von Erdsonden dazu verpflichtet werden, Erdwärme im Sommer zu regenerieren.
- **Nutzungsdichte in Wohnungen erhöhen:** Um Unterbelegung in bestehenden Wohnungen und damit auch den Ressourcenbedarf zu reduzieren, soll die Stadt prüfen, welche zusätzlichen Massnahmen ergriffen werden können. Ziel ist es, die Nutzungsdichte in Wohnungen privater und gemeinnütziger Eigentümer:innen zu erhöhen, bspw. durch weiterreichende Wohnangebote zur Reduktion von Unternutzungen nach der Familienphase und durch eine Unterstützung bzw. Weiterentwicklung von Wohnungstauschbörsen.

Nachhaltiges und zirkuläres Bauen

Die Stadt Zürich geht mit ihrer Umsetzungsagenda Kreislaufwirtschaft voran. Einige Massnahmen dabei sind aktuell in Diskussion, diverse andere Möglichkeiten noch nicht auf dem Tisch.

Die SP fordert:

- **Sanierung statt Abriss, Bauen im Bestand:** Für die Bauprojekte der Stadt selbst (inklusive städtischer Unternehmen) soll (Weiter-)Bauen im Bestand zum neuen Grundsatz werden, von dem nur mit gewichtigen Gründen (z.B. bei andernfalls besserer Klimabilanzierung) abgewichen wird. Dies ist in alle Ausschreibungen aufzunehmen, wobei in der Jury eine ökologische Stimme vertreten sein muss. Die städtischen Meilenschritte zum energieeffizienten und umweltgerechten Bauen sind in diesem Sinne laufend weiterzuentwickeln und entsprechend anzupassen.
- **CO₂-Grenzwert festlegen:** Für Graue Energie und Graue Treibhausgasemissionen soll ein ambitionierter Grenzwert festgelegt werden, der auch bei Gestaltungsplänen und Sonderbauvorschriften konsequent eingefordert wird. Ausserdem muss sich die Stadt Zürich auf kantonaler Ebene für einen ambitionierten, gesetzlichen Grenzwert einsetzen. Damit sollen die Verwendung klimafreundlicher Materialien und klimafreundliche Bauweisen gestärkt werden.
- **Bauteile wiederverwenden:** Städtische Gebäude sollen so errichtet werden, dass sie zukünftig vollständig nach Baustoff getrennt rückbaubar sind und die Bauteile weiterverwendet werden können. Für den Bestand sollen Ressourcenpässe bzw. ein Bauteilkatalog eingeführt werden, sodass auch diese Bauteile bei Umbauten ein weiteres Leben in einem anderen Gebäude führen können. In diesem Zusammenhang ist die koordinierte Einführung des Building information modelling (BIM) voranzutreiben.
- **Um-Baugesetz:** Die kantonalen Bauvorgaben sind so anzupassen, dass der Umbau gegenüber dem (Ersatz-)Neubau attraktiver wird. Dafür soll sich die Stadt Zürich einsetzen. Ebenso soll klimafreundliches, ökologisch experimentelles Bauen gefördert werden.

- **Sanieren im bewohnten Zustand:** Um Immobilieneigentümer:innen einen Anreiz zu setzen, im Bestand und ohne Leerkündigungen zu sanieren, sollen temporäre Umzugsangebote während der Bauzeit geprüft werden. Dabei könnten Bewohner:innen für einige Monate eine alternative Unterkunft – etwa durch in Verbänden koordinierten Rochadeflächen oder Wohnungsauffangtauschbörsen – umziehen und nach Abschluss der Sanierung in ihre ursprüngliche Wohnung zurück.

STROMPRODUKTION

Nutzen wir endlich die Sonne!

Die Stadt Zürich bezieht den Strom bereits heute vollständig aus erneuerbaren Quellen. Mit dem wachsenden Heizungersatz, der Teilelektrifizierung der Mobilität und dem zusätzlichen, stark wachsenden Energieverbrauch durch den Einsatz künstlicher Intelligenz wird der Bedarf jedoch weiter ansteigen. Dafür muss das Potenzial erneuerbarer Energien in Verbindung mit einer sinnvollen Speicherstrategie voll ausgeschöpft werden.

Die SP hat sich in den vergangenen Jahren unter anderem eingesetzt für:

- ambitionierte Ziele zum Ausbau der Photovoltaik auf dem Stadtgebiet
- die volle Ausschöpfung des Photovoltaik-Potenzials auf öffentlichen Gebäuden bis 2030
- ein verbessertes Vergütungsmodell für die Stromrücklieferung aus Photovoltaik-Anlagen
- die Nutzung von Autobahnabschnitten auf städtischem Gebiet für die Produktion von Solarstrom
- die Senkung des Preises für den Eigenverbrauch von Solarstrom im Verteilnetzbetreiber-Modell ewz.solarsplit

Die Stadt Zürich hinkt in Bezug auf die Ausschöpfung des Solarpotenzials jedoch den Möglichkeiten weit hinterher.

Für die nächsten Jahre fordert die SP daher:

- **Massiven und resoluten Ausbau der Photovoltaik:** Das Solarstrompotenzial auf den Dächern und an den Fassaden der Stadt liegt bei über 1575.23 Gigawattstunden jährlich (Stand 2023).² Es wird sich in den nächsten Jahren noch erhöhen. Die Stadt soll ihr Potenzial mit einem massiven Ausbau der Photovoltaik nutzen, indem sie unter Führung des ewz grosse Investitionen tätigt, Subventionen beisteuert und klare Regeln definiert. Dazu hat die SP 2025 zusammen mit den Grünen zwei kommunale Volksinitiativen lanciert:
- Die erste Initiative fordert, dass die Stadt **bis 2040 mindestens einen Drittel ihres Stromverbrauchs oder mindestens 900 Gigawattstunden auf Stadtgebiet über Photovoltaik** deckt – dies entspricht in etwa einer Verzwölfachung der aktuellen Produktion.

² Stand 2023: https://www.uvek-gis.admin.ch/BFE/storymaps/ECH_SolarpotGemeinden/pdf/261.pdf

- Die zweite Initiative fordert, dass dazu mittels einem **neu geschaffenen Rahmenkredit «Solar» im Rahmen von 750 Millionen Franken** umfassende Massnahmen zur Erreichung dieses Ziels getroffen werden sollen. Die Stadt soll dazu beispielsweise:
 - **Solaranlagen auf und an allen stadteigenen Gebäuden und Infrastrukturen** installieren.
 - **Solaranlagen auf und an angemieteten Flächen (im Solar-Contracting-Modell)** nicht-stadteigener Liegenschaften und Infrastrukturen installieren.
 - Private bei der Planung und beim Bau von Solaranlagen **kostenlos und proaktiv beraten, informieren und unterstützen**, damit diese administrative Hürden besser überwinden können.
 - **Massnahmen zur Gewährleistung der Investitionssicherheit für private Anlagen ergreifen**, wie beispielsweise über einen garantierten Rücklieferarif.
 - An klare Bedingungen geknüpfte Subventionen in Form **zinsloser Darlehen an Private zur Realisierung von Solaranlagen** vergeben.
 - **finanziell attraktive oder kostenlose Angebote zur Förderung und Etablierung von LEG, ZEV oder eZEV** in der Stadt Zürich schaffen.
 - **dezentrale Energiespeicher und andere effizienzsteigernde und netzentlastende Massnahmen** planen und realisieren.
- Ausserdem soll die Stadt ein **stehendes Gremium zur Vernetzung der beteiligten Akteur*innen**, zur Promotion der Solaroffensive sowie zur Erarbeitung einer brancheninternen Charta einrichten.

Weiter fordert die SP im Bereich der Stromproduktion:

- **Forcierung der dezentralen Stromspeicherung:** Der Ausbau der Photovoltaik führt zu einem grösseren Bedarf an Speicherkapazitäten. Diesem Bedarf soll die Stadt mit einer Speicherstrategie begegnen, welche neben den klassischen Möglichkeiten wie Stauseen auch auf die dezentrale Stromspeicherung setzt.
- die **Modernisierung des Stromnetzes durch Smartgrids:** Zeitunkritische Anwendungen sollen automatisiert dann stattfinden, wenn dafür erneuerbarer Strom direkt genutzt werden kann.
- **Investitionen des ewz in Windkraft:** Das ewz soll bis 2050 in der Schweiz jährlich 1.5TWh elektrische Energie aus Windkraft erzeugen oder sich entsprechend an der Produktion in der Schweiz beteiligen.
- **Solarpflicht bei Neu- und Umbauten:** Es braucht für Gebäude ab einer näher festzulegenden Grösse kantonale Vorgaben, sodass bei Neubauten Dach- und Fassadenflächen und bei grösseren Umbauten Dachflächen für die Solarstrom- oder Solarwärmegewinnung genutzt werden. Dafür soll sich die Stadt beim Kanton einsetzen.

MOBILITÄT

Mobilität: für eine klima- und stadtfreundliche Verkehrswende!

Die SP kämpft schon seit vielen Jahren für die Verkehrswende hin zu klima- und stadtfreundlichem Verkehr in Zürich. Davon zeugen in den letzten Jahren unter anderem unser Einsatz für:

- die Velorouteninitiative, die 50 Kilometer autofreie Velovorzugsrouten in der Stadt Zürich fordert
- den kommunalen Verkehrsrichtplan, der 130 Kilometer Velovorzugsrouten festsetzt
- Leuchtturm-Veloinfrastruktur wie der Stadttunnel und die grossen Veloabstellanlagen beim Hauptbahnhof und dem Bahnhof Stadelhofen
- die Gegenvorschläge zu den Stadtklima-Initiativen, dank denen über 600'000 m² Strassenverkehrsfläche in Flächen für Bäume und Grünraum sowie für den Velo-, Fuss- und öffentlichen Verkehr umgewidmet werden
- einen Ausbau des Veloverleihsystems
- die revidierte Parkkartenverordnung, mit der das Parkieren in der blauen Zone neu geregelt wird. Diese beinhaltet die Einführung des Bieler Modells, höhere Parkierungsgebühren für schwere Fahrzeuge und die Einführung einer neuen erweiterten Gewerbeparkkarte
- eine Unterstützung des Gewerbes für den Umstieg auf Cargo-Bikes
- ein Jahresabo für 365 Franken in der VBZ-Zone 110 für alle erwachsenen Bewohner:innen der Stadt Zürich – für Kinder und Jugendliche soll das Abo 185 Franken kosten

Für das Netto-Null-Ziel muss im Mobilitätsbereich aber trotzdem viel schneller noch viel mehr geschehen, denn der Verkehrsbereich macht knapp ein Drittel der direkten Emissionen der Stadt Zürich aus (Stand: Messung von 2022). Auch bei den indirekten Emissionen macht die Mobilität einen erheblichen Teil des städtischen Klimafussabdruckes aus.

Die SP fordert daher:

- **Umsetzung der Velorouteninitiative und des behördenverbindlichen Richtplans Verkehr:** Das durchgängige, vortrittsberechtigte und grundsätzlich autofreie Velovorzugsroutennetz muss bis 2031 ohne Abstriche und mit hoher Priorität umgesetzt und trotz der aktuellen Blockade von über 20 km Vorzugsrouten auf dem Rechtsweg weitergeplant werden. Der kommunale Verkehrsrichtplan sieht dafür ein Netz von 130 km Länge vor, wovon aber mindestens 50 km gemäss den Standards der Velorouteninitiative (das heisst: in der Regel autofrei) umgesetzt werden müssen. Damit die Routen dem Qualitätsstandard der Initiative entsprechen, braucht es regelmässige Kontrollen bezüglich des Vorhandenseins von motorisiertem Durchgangsverkehr und resolute Massnahmen zu dessen Verhinderung. Darüber hinaus soll die Stadt im Sinne der Veloverkehrsförderung das Netz bis 2040 um weitere Routen erweitern.
- **Umsetzung von Quartierblöcken:** Quartierblöcke sollen Quartierstrassen vom motorisierten Durchgangsverkehr befreien und fürs Quartierleben und Grünräume freispielen. Die Stadt soll dieses Modell über die Pilotphase hinaus etablieren und möglichst viele Blöcke planen und zusammen mit der Quartierbevölkerung umsetzen.

- **Tempo 30:** Tempo 30 senkt nachweislich die Gefahr tödlicher Unfälle erheblich, es reduziert die gesundheitsschädliche Lärmbelastung und hat im städtischen Verkehr kaum Zeitverluste zur Folge. In der Stadt Zürich soll grundsätzlich Tempo 30 gelten. Angriffe auf Tempo 30 auf kantonaler und nationaler Ebene müssen entschieden abgewehrt werden.
- **Begegnungszonen:** Wo es sich anbietet, sollen Begegnungszonen eingeführt werden, um die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum und die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmer:innen, darunter insbesondere Kinder, Ältere und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen zu erhöhen.
- **ÖV für alle:** Das Jahresabo für die Zone 110 für 365-Franken schafft eine erhebliche Entlastung für einkommensschwache Personen und den Mittelstand. Darüber hinaus sollen in Zürich ähnlich wie in Genf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahre gratis mit dem ÖV unterwegs sein können.
- **Stärkung des öffentlichen Verkehrs zu Randzeiten:** Mit einem gestärkten ÖV-Angebot zu Randzeiten – auch während der Nacht – können Abhängigkeiten vom Auto reduziert werden.
- **Fossilfreier Verkehr ab 2030:** Um ein Verbot für fossil betriebene Fahrzeuge auszusprechen zu können bzw. emissionsfreien Zonen zu schaffen, werden rechtliche Grundlagen auf kantonaler und nationaler Ebene benötigt. Die Stadt Lausanne hat sich in ihrem Klima-Plan für eine Stadt ohne fossile Autos ab 2030 ausgesprochen. Die Stadt Zürich setzt sich gemeinsam mit Lausanne und anderen fortschrittlichen Städte auf übergeordneter Ebene für fossilfreien Verkehr ab 2030 ein.
- **Abbau von Parkplätzen auf öffentlichem Grund:** Das Parkplatzangebot stellt einen wirksamen Hebel dar, um den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren. Der von den Parkplätzen belegte öffentliche Grund soll für klimafreundliche Massnahmen wie der Umsetzung von Fuss- oder Veloinfrastruktur sowie der Pflanzung von Bäumen umgenutzt werden.
- **Konsequente Bewirtschaftung bestehender Parkplätze:** Mit der konsequenten Bewirtschaftung von Parkplätzen in der Blauen Zone und von weissen Strassenparkplätzen (Tarif, Nutzungsdauer, Verbot für fossil betriebene Fahrzeuge) wird MIV weiter reduziert.
- **Rücksicht auf gewerbliche Belange beim Parkraummanagement:** Um die Arbeitsfähigkeit kleiner Betriebe, Handwerksunternehmen und dienstleistender Gewerbe zu sichern, sollen bei der Neuverteilung des Parkraums die Ansprüche des Gewerbes mitberücksichtigt werden. Die erweiterte Gewerbeparkkarte in der neu vorgeschlagenen Parkkartenverordnung ist dafür ein wichtiges Element.
- **Genügend Veloabstellplätze in der ganzen Stadt:** An neuralgischen Punkten – wie z.B. an Bahnhöfen, Badeanlagen und in Quartierzentren – braucht es ein ausreichendes Angebot an Veloabstellplätzen.
- **Restverkehr:** Der verbleibende Autoverkehr, welcher nicht auf Fuss-, Velo- oder den öffentlichen Verkehr verlagert werden kann, muss elektrifiziert oder über alternative nicht-fossile Energien angetrieben werden. Das betrifft in erster Linie den Gewerbeverkehr und den öffentlichen Verkehr, aber auch den Verkehr für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Es ist zu prüfen, ob es für gewerbliche Kleinbetriebe weitergehende finanzielle Anreize zur Elektrifizierung ihres Verkehrs braucht.

- **Verkehrsflusssteuerung:** Mit einer konsequenten Priorisierung von Velo- und Fussverkehr sowie dem ÖV mit längeren Grünphasen für Fussgänger:innen, grünen Wellen für Velos und –wo sinnvoll– Speziaalsignalisationen für Velos trägt die Stadt weiter zur Attraktivität des klimafreundlichen Verkehrs bei.

KONSUM

Kollektive Projekte statt Eigenverantwortungskeule

Der private Konsum ist für die Klimabilanz entscheidend. Auch wenn ein Grossteil der Emissionen ausserhalb des Stadtgebietes anfällt, müssen diese reduziert werden. Dabei ist es nicht zielführend, die Verantwortung allein auf das Individuum abzuwälzen. Die Stadt muss vielmehr die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass ein klimaverträgliches Leben bezahlbar und attraktiv wird. Dafür sieht die SP in kollektiven Projekten wie Konsumgenossenschaften ein grosses Potenzial.

In den vergangenen Jahren konnte die SP in diesem Bereich Wichtiges erreichen:

- Aufgrund von Vorstössen der SP wurde das Förderprogramm KlimUp aufgesetzt, damit werden NGOs und StartUps mit Fokus Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft gefördert. Bereits wurden verschiedene Initiativen gefördert, welche den nachhaltigeren Konsum zum Ziel haben.
- Stadträtin Simone Brander hat ein Pilotprojekt zur Reparaturförderung initiiert: Mit einem Reparaturbonus, einer Reparaturplattform und Kommunikationsmassnahmen soll der Zugang zur Reparatur vereinfacht und verbessert werden und damit eine klare Alternative zum Neukauf aufzeigen.
- Weitere Vorstösse beispielsweise zur Förderung von pflanzenbasierten Menüs in städtischen Betrieben oder ein Massnahmenplan um die Kreislaufwirtschaft voranzubringen, sind beim Stadtrat in Bearbeitung.

Das ist aber erst ein Anfang: Um das Ziel der Senkung der indirekten Emissionen um 30% bis 2040 zu erreichen, braucht es noch einen grossen Effort.

Die SP fordert daher:

- **Tauschangebote und finanzielle Unterstützung zum Kauf energieeffizienter Geräte und klimafreundlicher Produkte für einkommensschwache Konsument*innen:** Es braucht kurz- bis mittelfristig eine Unterstützung der Bevölkerungsschichten mit weniger Einkommen, damit sich alle energieeffiziente Geräte und klimafreundliche Produkte leisten können. Die Stadt sollte für die Klimawende daher konkret Geld in die Hand nehmen, um den klimafreundlichen Konsum zu subventionieren.
- **Gutscheine für Reparaturangebote im Bereich Kleidung:** Jahr für Jahr werden grosse Mengen an Kleidung entsorgt. Reparaturangebote im Bereich Kleidung können Anreize schaffen, Kleidungsstücke länger zu nutzen. Solche Massnahmen fördern einen bewussteren Umgang mit Ressourcen, unterstützen lokale Handwerksbetriebe und tragen zur Reduktion von Textilmüll bei.
- **Nachhaltige Ernährung:** Einen grossen Effekt auf die CO₂-Emissionen hat auch die Ernährung. Daher sollen die Landwirtschaftsbetriebe auf Zürcher Boden gemäss der Klimaschutzstrategie Landwirtschaft zu Klima-Musterbetrieben umgebaut werden.

- **Konsumgenossenschaften:** Zusammen mit Landwirtschaftsbetrieben im Umland sollen Konsumgenossenschaften für saisonale und regionale Ernährung aufgebaut werden. Ein altes Erfolgsmodell: Damit können die lokalen und ökologischen Nahrungsmittel zu fairen Preisen ohne Umwege lokal vertreiben werden und mit einer guten Zusammenarbeit kann Foodwaste vermieden werden. Das SlowGrowHof-Labor auf dem Adlisberghof und das Solawi am Huebhof sind als positive Beispiele erfolgreicher Ansätze in diesem Bereich zu nennen. Auch Wochenmärkte für explizit nachhaltige und möglichst lokale Betriebe sollen ausgebaut werden.
- **Fleischarmes und lokales Essen in städtischen Betrieben:** Die städtischen Betriebe sollen mit einem fleischarmen, lokalen und attraktiven Angebot eine Vorbildfunktion einnehmen.
- **Förderung von Mehrwegsystemen:** Abgesehen von Veranstaltungsrichtlinien bestehen zu wenige griffige Massnahmen, um Mehrwegsysteme in der Gastronomie zu fördern. Mehrwegsysteme sind eine wichtige Massnahme, um Einweggebinde zu reduzieren, und damit auch ein wichtiges Instrument im Kampf gegen Mikroplastik. Die Gastronomie und die Detailhändler müssen in die Pflicht genommen werden.
- **Zivilgesellschaft stärken:** Das Förderprogramm KlimUp ist ein guter Anfang. Es muss aber ausgebaut und der Betrag erhöht werden. Darüber hinaus fordern wir, dass Klimapartizipation mittels Foren und partizipativen Prozessen gestärkt wird, damit die Massnahmen von der Bevölkerung mitgetragen werden.
- **Neuregelung von Werbung im öffentlichen Raum als Beitrag zur Erreichung des Netto-Null-Ziels:** Werbung kurbelt den Konsum an und hat damit eine erhebliche Wirkung auf den Ressourcenverbrauch. Daher sollen neue Regelungen zur Aussenwerbung in der Stadt Zürich erlassen werden, die einen Beitrag zum Netto-Null-Ziel leisten. Dabei sollen Leuchtdrehsäulen und energieintensive digitale Werbeflächen ganz ausser Betrieb genommen werden, was sowohl einen Beitrag zur Senkung der direkten als auch der indirekten Emissionen leistet.

INDIREKTE UND INTERNATIONAL ANFALLENDE EMISSIONEN

Zürichs Beitrag zu Netto Null weltweit

Als eine der reichsten Städte der Welt hat Zürich eine klare Verantwortung, die soziale Klimawende in Städten und Regionen voranzutreiben, mit denen Zürich institutionell oder wirtschaftlich starke Verbindungen pflegt.

Folgendes konnte die SP in der vergangenen Legislatur erreichen:

- Auf Grund eines Vorstosses hat die Stadt eine Vorlage zur Klimafinanzierung ausgearbeitet. 6 Millionen Franken (Stand: Juli 2025) sollen für ein Pilotprojekt zur Förderung von Projekten für internationale Klimaschutz und Anpassungsmassnahmen in unterfinanzierten und klimaexponierten Ländern gesprochen werden. Die Projekte sollen in den betreffenden Ländern gemeinsam mit lokalen Akteurinnen und Akteuren umgesetzt werden.
- Mit einem Postulat wurde die Unterstützung des 'Fossil fuel non-proliferation treaty' als Stadt Zürich in Auftrag gegeben.

Darüber hinaus fordert die SP:

- **Banken und Versicherungen in die Pflicht nehmen:** Die Stadt Zürich muss sich auf Ebenen Kanton und Bund offensiv für griffige Massnahmen einsetzen, welche den Banken- und Versicherungssektor für seine immense Klimabilanz in die Verantwortung nimmt. Aktuell soll sich die Stadt Zürich offiziell für die Finanzplatzinitiative aussprechen.
- **Städtische Pensionskasse dekarbonisieren:** Die städtische Pensionskasse soll sich dem Netto-Null-Ziel unterordnen, die aktuellen Aktivitäten reichen nicht aus: Mittels wissenschaftsbasierten und mit Absenkpfeilen gestützten Transitionsplänen sollen die Investitionen der Kasse auf das Klimaziel ausgerichtet sein. Schliesslich soll Transparenz über die Anlagen der Pensionskassen Zürich geschaffen werden: Die Daten sollen einfach und für alle zugänglich sein.
- **Einfluss durch Aktien beim Flughafen sichern:** Die Stadt Zürich muss Einfluss nehmen, damit sich der Flughafen schnellstmöglich Richtung Netto Null bewegt. Mit mind. 5 Prozent Aktienanteil hat die Stadt Zürich das Vorschlagsrecht von einem Verwaltungsratsmitglied und Mitspracherecht an der GV. Dieser Einfluss im direkten Einflussbereich der FZAG und darüber hinaus Bestrebungen in der internationalen Luftfahrtbranche muss aktiv genutzt werden.
- **Flughafen auf Netto-Null trimmen:** Die Landegebühren sollen grundsätzlich dahingehend angepasst werden, dass effizientere und emissionsärmere Flugzeuge bevorzugt und das Wachstum des Flugverkehrs gestoppt bzw. auf eine Reduktion hingearbeitet werden. Schliesslich soll die Flughafen Zürich AG ihre Investitionen in internationale Flughäfen dazu nutzen, dass diese Flughäfen ihre Emissionen im Flugbetrieb senken.
- **Verbot von Privatjets am Flughafen Zürich:** Privatjets sind das umweltschädlichste Verkehrsmittel überhaupt. Es widerspricht der Klimagerechtigkeit diametral, diese Luxusreisen für wenige zu ermöglichen. Ein Verbot von Privatjets soll angestrebt werden. Zumindest soll darauf hingewirkt werden, dass die Landegebühren erheblicher erhöht werden.
- **Förderung nachhaltiger internationaler Mobilität:** Durch Massnahmen für den Auf- und Ausbau von konkurrenzfähigen Flugalternativen im internationalen Zug- und Busverkehr soll die Stadt zur Verminderung von Flugreisen ab und nach Zürich beitragen. Dazu soll die Stadt unter anderem finanzielle Anreize schaffen, um mit dem Zug statt dem Flugzeug in die Ferien zu gehen, z.B. durch subventionierte Interrail-Angebote für Jugendliche und Familien.
- **Klimaverträgliche Standortförderung:** Die Standortförderung muss konsequent auf die Ansiedelung von klimafreundlichen Unternehmen setzen. Die Nachhaltigkeit darf nicht länger ein Lippenbekenntnis bleiben. Wird diese Strategie nicht verfolgt, müssen die Gelder an die Greater Zurich Area (GZA) gestrichen werden.
- **Verstetigung internationaler Klimafinanzierung:** Der grösste Teil der Emissionen der Stadtbevölkerung fällt im Ausland an. In einer Welt, die von struktureller Ungleichheit zwischen Hauptbetroffenen und Hauptverursacher:innen des globalen Klimawandels geprägt ist, ist Klimaschutz auch eine Frage der globalen Gerechtigkeit. Es muss langfristig ein Ausgleich geschaffen werden, deswegen muss nach dem aktuell laufenden Pilotprojekt im Bereich internationaler Klimafinanzierung eine Verstetigung folgen.

- **Partnerstädte auf dem Weg zu Netto-Null unterstützen:** Die Stadt Zürich soll mit ihren Partnerstädten einen aktiven Austausch zum Netto-Null-Ziel pflegen. Dieser beinhaltet Austausch von Know-How und kann auch finanzielle Unterstützung von Dekarbonisierungsprojekten in den Partnerstädten mit sich führen.
- **Arbeitszeitreduktion:** Als Teil eines gesamtgesellschaftlichen ökosozialen Transformationsprozesses ist die Arbeitszeitreduktion (z.B. durch eine Viertagewoche) ein wichtiger Pfeiler hin zu einer menschen- und klimazentrierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Neben besseren Arbeitsbedingungen und mehr Gleichstellung kann eine Arbeitszeitreduktion auch einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten.

NEGATIVEMISSIONEN

Im Zentrum des Klimaschutzes steht die Reduktion der Treibhausgase. Dennoch werden Emissionsreduktionen allein nicht ausreichen, um die Klimaziele zu erreichen, da gewisse Emissionen unumgänglich sind. Daher braucht es neben der Reduktion direkter und indirekter Emissionen als ergänzendes Instrument die Entwicklung und den Einsatz von Technologien und Massnahmen zur Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre.

Die SP hat sich für entsprechende Projekte in der Stadt eingesetzt:

- beim Bau neuer Carbon-Capture Anlagen zur Ausscheidung von Treibhausgasen bei der Verwertung von Abfällen und Abwasser.

Negativemissionstechnologien stecken allerdings noch in den Kinderschuhen. Die SP fordert daher:

- einen gesamtschweizerischen Plan zur Finanzierung, zum Bau, zum Transport und zur Lagerung von CO₂-Ausscheidung.

SCHUTZ VOR HITZE IN DER STADT

Die Klimaerhitzung führt zu einer Welt mit mehr Hitzetagen, Starkniederschlägen und weiteren Extremwetterereignissen – auch in Zürich. Vulnerable Bevölkerungsgruppen haben einen besonderen Schutz vor diesen Konsequenzen verdient. Zürich muss sich vor diesen Folgen schützen und garantieren, dass dieser Schutz allen zugutekommt!

In den vergangenen Jahren konnte die SP in diesem Bereich Wichtiges erreichen:

- Die Hitzeminderung wurde im Richtplan festgesetzt.
- Mit den Gegenvorschlägen zu den Stadtklima-Initiativen werden 145'000 m² versiegelte Flächen zu Grünflächen umgewidmet und 2'000 neue Bäume gepflanzt.
- Dank der direkten und indirekten Gegenvorschläge zur Stadtgrün-Initiative konnte das Programm «Stadtgrün» erfolgreich anlaufen.
- Wichtige Parkprojekte wurden umgesetzt, z.B. der Park am Wasser, Berghalte, Jonas-Furrer-Park, Quartierpark, Ueberlandpark, Koch-Park.
- Grosse Bäume dürfen nur noch mit Bewilligung gefällt werden.
- Zahlreiche Vorstösse zur Stärkung von Grün- und Freiräumen wurden eingereicht und dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen (z.B. in Leimbach oder auf SBB-Gleisanlagen).

Darüber hinaus fordert die SP:

- **Schutz von hitzevulnerablen Gruppen:** Viele negative Folgen aufgrund von Hitze oder sogar Hitzetote sind vermeidbar. Die SP möchte ein Schutzsystem aufbauen, mit welchem die Bevölkerung und die Behörden die vulnerabelsten Menschen bei Hitzewellen unterstützen kann. Die Städte Lausanne³ (Unterstützung älterer Menschen) und Basel⁴ (bei Obdachlosen) gehen bereits als gute Beispiele voran.
- **Gründächer und Fassadenbegrünung:** Die Begrünung von Dächern ist eine einfache Möglichkeit, die Hitze in der Stadt zu reduzieren und gleichzeitig einen Beitrag zur Biodiversität zu leisten. Die SP fordert eine Vereinfachung des Antragssystems und eine zusätzliche Förderung von Begrünung von Fassaden. Das Kombinieren von Grün mit Photovoltaik soll weiterhin möglich bleiben und gefördert werden.
- **Erhalt von Kaltluftströmen:** Kaltluftströme tragen zur natürlichen Kühlung der Stadt bei. Ihr Erhalt muss in der Stadtentwicklung berücksichtigt werden.
- **Regenwasser-Nutzung:** Gemäss dem Konzept der Schwammstadt fordert die SP für die Stadt Zürich mehr blau-grüne Infrastruktur und eine gesamthafte Strategie, wie Regenwasser auf Stadtgebiet gespeichert und genutzt werden kann.
- **Planung und Realisierung weiterer öffentlicher Projekte wie Sommerbadeanstalten und Pärke:** Diese werden mit steigender Hitze immer wichtiger. Die SP fordert, dass die Stadt bestehende Infrastrukturen ausbaut oder länger bis durchgängig zugänglich macht. Ausserdem benötigt Zürich mehr Badeanstalten, insbesondere an See und Fluss.
- **Mehr Bäume:** Die SP macht sich stark für eine konsequente Umsetzung der von der Stimmbewölkerung angenommenen Gegenvorschläge zur Gute-Luft-Initiative und zur Stadtgrün-Initiative.
- **Grüne Gentrifizierung verhindern:** Begrünung und Kühlung darf nicht zur Renditesteigerung bei Mietwohnungen führen und nicht nur den bereits Privilegierten zugutekommen. Die SP fordert ein Monitoring zu 'Green Gentrification' und eine vorausschauende Kaufstrategie, die zukünftige grüne Aufwertung antizipiert.
- **Dachwohnungen isolieren:** Die SP fordert einen Plan, um Bewohner:innen in nicht-isolierten Dachwohnungen vor Hitze zu schützen, ohne dass sie befürchten müssen, ihre Wohnung zu verlieren. Das städtische Förderreglement für energetische Sanierungen soll entsprechend erweitert werden.
- **Weg mit dem Asphalt:** Bei Baumassnahmen im Bereich von Trottoirs und Plätzen soll wenn immer möglich der vorhandene Asphalt entfernt und durch hellere und wasserdurchlässige Beläge ersetzt werden. Neue Flächen sollen nicht asphaltiert werden.

³Lausanne: <https://www.tagesanzeiger.ch/aktionsplaene-gegen-die-hitze-lausanner-polizisten-helfen-der-99-jaehrigen-maddy-durch-die-sommerglut-982030037797>

⁴Basel: <https://www.srf.ch/news/schweiz/klimawandel-schutz-vor-sommerhitze-pilotprojekt-fuer-obdachlose-in-basel>